

Leendertz

Ariane Leendertz

»Finalisierung der Wissenschaft«

Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen
der Bonner Republik

Am 24. und 25. März 1976 berichteten mehrere Zeitungen über eine von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierte Konferenz zum Thema »Gefährdete Wissenschaft«, die gerade in München zu Ende gegangen war. Die Titelzeilen in der *Süddeutschen Zeitung*, im *Münchener Merkur* und in der *Welt* entwarfen ein potentiell bedrohliches Szenario: »Gefährdete Wissenschaft?«; »Wie Wissenschaft in der Bundesrepublik bedroht wird«; »Droht der deutschen Wissenschaft ein 1984?«; etwas neutraler sprach die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* von »Widerspruch aus der Wissenschaft«.¹ Die vier Artikel lösten eine etwa zwei Monate währende Debatte in der deutschsprachigen Presse aus. Im Fadenkreuz stand die 1973 von einer Gruppe Starnberger Wissenschaftler formulierte Theorie über die »Finalisierung der Wissenschaft«. Diese Theorie, so die in der Presse kolportierte und später bekräftigte Anschuldigung von Teilnehmern der Münchner Konferenz, diene in Wahrheit nur der Rechtfertigung und Durchsetzung einer neomarxistischen und linkstotalitären Ideologie, die nicht nur die Freiheit der Wissenschaft beseitigen wolle, sondern auch die Demokratie gefährde.

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht die besondere Dynamik, die die Debatte in den Massenmedien jenseits der geschützten, der breiteren Öffentlichkeit nur bedingt zugänglichen Sphäre der Wissenschaft prägte. Die Kritiker der Starnberger Thesen brachten die Presse bewusst ins Spiel. Mit ihrer Hilfe versuchten sie, den Begriff der Finalisierung zu diskreditieren und seinen vermeintlich ideologischen Gehalt zu enttarnen. Dieses Ansinnen wendete sich allerdings rasch gegen seine Initiatoren – das mediale Pendel schlug zurück. Ihre politisch-polemische Zuspitzung stellten die Gegner der Starnberger schließlich in einem wenig überzeugenden Rückzugsgefecht als bloßes Übersetzungsproblem dar. Man habe in den Massenmedien doch in einer

1 Willy Hochkeppel, »Gefährdete Wissenschaft?« [Untertitel: Eine Tagung des Arbeitskreises Wissenschaftsforschung], in: *Süddeutsche Zeitung*, 24. März 1976; Christoph Meyer, »Wie Wissenschaft in der Bundesrepublik bedroht wird« [Untertitel: Bei einer Fachtagung in München: die Öffentlichkeit vor Ansprüchen der Neomarxisten warnen], in: *Münchener Merkur*, 24. März 1976; Günter Zehm, »Droht der deutschen Wissenschaft ein 1984?« [Obertitel: In München diskutierten Experten über die zunehmende Politisierung der Forschung – Starnberger Institut unter Beschuß], in: *Die Welt*, 24. März 1976; Renate Schostack, »Widerspruch aus der Wissenschaft« [Untertitel: Gegen Ideologie und Bürokratie. Ein Symposium in München], in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. März 1976.

Sprache zu kommunizieren, die für ein breiteres Publikum zugänglich und verständlich sein müsse. Zugleich wurde die ideologische Konfrontation von einzelnen Journalisten und Zeitungen gezielt geschürt, die ihrerseits als Akteure zu betrachten sind, da sie die Logik der Auseinandersetzung mitbestimmten und deren Dynamik bis zu einem gewissem Grad sogar zu steuern vermochten. Nachdem das in den Medien eingeforderte Schlusswort gesprochen war, endete die Berichterstattung schlagartig. Danach wurde die weitere Diskussion nur noch in wissenschaftlichen Spezialistenkreisen jenseits der medialen Öffentlichkeit geführt.²

Die mediale Debatte ist, wie der Aufsatz zeigt, als Teil der politischen Machtkämpfe um die Deutungshoheit in jener Zeit zu begreifen, die von vielen Beteiligten mit stechender Militanz bis hin zu persönlichen Angriffen und unverhohlener Diffamierung verschärft wurden. Stellvertretend für das »linke« und für das »konservative« Lager standen sich in der Finalisierungsdebatte eine Gruppe von Wissenschaftlern des Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt um Jürgen Habermas und ein Arbeitskreis von Wissenschaftlern um die Philosophen Nikolaus Lobkowicz und Gerhard Radnitzky gegenüber, der in deutlicher Nähe zum Bund Freiheit der Wissenschaft agierte. Beide Seiten warfen einander eine »Politisierung« der Diskussion vor, in der es eigentlich doch um den Sinn und Wahrheitsgehalt einer komplexen wissenschaftlichen Theorie gehen müsse. Der gereizte Tonfall lässt sich indes nicht allein aus den politischen Antagonismen der Bundesrepublik im Gefolge von »1968« erklären. Die Freiheit der Wissenschaft, um die es ging, wurde in der Wahrnehmung ihrer Verteidiger von unterschiedlichen Akteuren bedroht und war unterschiedlichen Versuchen äußerer Einflussnahme ausgesetzt, die die Starnberger Wissenschaftler wissenschaftstheoretisch zu untermauern und somit zu rechtfertigen schienen. Die Finalisierungsdebatte verhandelte damit auch ein sich veränderndes Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Hochschulreformen, die Freiheit der Wissenschaft und Jürgen Habermas

Sowohl die Akteure der Finalisierungsdebatte als auch die Konfliktlinien, die ihren Verlauf im Jahre 1976 prägten, waren der Öffentlichkeit bekannt. Tatsächlich hatten die Medien über das Starnberger

² Etwa vier Wochen nach dem Ende der öffentlich-medialen Diskussion strahlte das Bayerische Fernsehen in einer Live-Sendung noch eine Diskussionsrunde aus. »Wer steuert die Wissenschaft?«, Bayerisches Fernsehen, 28. Juni 1976, 21.50 Uhr.

Max-Planck-Institut bereits berichtet, bevor es seine Arbeit 1970 überhaupt aufgenommen hatte.³ Schon 1969 etablierte der Hamburger Journalist Claus Grossner in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen »David-Goliath-Frame«,⁴ der die öffentliche Wahrnehmung des Instituts prägte wie keine andere Deutung: das Bild eines kleinen, progressiven und politisch links stehenden Instituts, das es in Gestalt des konservativen MPG-Establishments und der Industrielobby mit einem mächtigen Gegner aufgenommen hatte, dem die neue Institution ein Dorn im Auge war und der die Gründung am liebsten verhindert hätte.⁵ Auf Vorschlag des Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker berief die Max-Planck-Gesellschaft 1971 Jürgen Habermas als zweiten Direktor ans Institut. Öffentliche Aufmerksamkeit und Präsenz gehörten für von Weizäckers Konzept zum Programm, bestand das Ziel doch darin, gesellschaftliche Debatten über eine Menschheit anzustoßen, die vom Atomkrieg und den gravierenden sozialen wie ökologischen Folgen technischen und wissenschaftlichen Fortschritts bedroht war. Das Institut und seine Forschungen sollten einen politischen Bewusstseinswandel einleiten. Beide Direktoren waren national wie international gefragte Wissenschaftler und *public intellectuals*, die in die öffentlichen Debatten der Zeit eingriffen. Ohne Frage besetzte das Starnberger Max-Planck-Institut in der Wissenschaftslandschaft der 1970er Jahre eine exponierte Stellung. Wie an einem zentralen Knotenpunkt überschritten sich in ihm eine ganze Reihe jener widersprüchlichen wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die für »die« 1970er Jahre kennzeichnend waren. Neben einer zunehmenden Skepsis gegenüber wissenschaftlichem und technologischem »Fortschritt«, die sich etwa im Protest gegen infrastrukturelle Großprojekte, in der Anti-Atom- oder in der Umweltbewegung manifestierte, stand die fortgesetzte Erwartung, die Wissenschaft könne und müsse zur Lösung sozialer und politischer Probleme

3 Vgl. u.a. »Weizsäcker nach München« [Oberzeile: Institut für Zukunftsforschung wird vorbereitet], in: *Münchener Merkur*, 4. Juli 1969; »Zukunftsforschung noch ungewiß«, in: *Münchener Merkur*, 9. Juli 1969; Carl Friedrich von Weizsäcker, »Unser Schicksal hängt von der Wissenschaft ab« [Untertitel: Gründe für die Notwendigkeit eines neuen Max-Planck-Instituts], in: *Süddeutsche Zeitung*, 11. Juli 1969.

4 Zu diesem Begriff Urs Dahinden, *Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation*, Konstanz 2006, S. 14–15.

5 Zuerst Claus Grossner, »Zerstrittene Zukunftsforscher« [Obertitel: Der Machtkampf um die Denkfabriken; Untertitel: Konkurrenz zwischen Industrie, Wissenschaft und Gewerkschaft], in: *Die Zeit*, 19. Sept. 1969; dann aufgegriffen vom *Spiegel*: »Vorauswissen ist Macht«, in: *Der Spiegel* Nr. 46, 10. Nov. 1969; siehe außerdem »Machtkampf um die Großforschung«, NDR-Fernsehen, 6. März 1970; Martin Urban, »Wie frei ist die deutsche Zukunftsforschung?« [Untertitel: Die Geschichte einer Institutsgründung. SZ-Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker], in: *Süddeutsche Zeitung*, 22. Mai 1970; Martin Urban »Zukunftsforschung«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23./24. Mai 1970; »Zur Groß-Chemie« [Obertitel: Habermas], in: *Der Spiegel* Nr. 49, 30. Nov. 1970.

sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.⁶ Von Weizsäcker kann als *visible scientist* par excellence bezeichnet werden, als ein in Öffentlichkeit und Medien weithin sichtbarer Wissenschaftler, der seit den späten 1950er Jahren, einem Prediger gleich, die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft anmahnte. Zugleich betrachtete er eine »kritische«, ihre eigenen Bedingungen und Folgen reflektierende Wissenschaft als wichtigsten Berater der Politik.⁷

Die Fronten der Finalisierungsdebatte entstanden in den Auseinandersetzungen über die Hochschulreformen in den späten 1960er Jahren. Gegen die Mitbestimmungsforderungen der organisierten Studentenschaft, das hessische Universitätsgesetz und andere Gesetzesvorhaben in weiteren Bundesländern sowie gegen die zunehmende Militanz linker studentischer Gruppierungen formierte sich vom Frühjahr 1968 an der Widerstand zahlreicher Hochschullehrer. Sie traten mit dezidierter Kritik an der Hochschulreform und Gegenvorschlägen hervor und begannen damit, ihre Interessen zu koordinieren und schlagkräftig zu bündeln. Im Sommer desselben Jahres bekannten sich bereits rund 1200 Professoren und Wissenschaftler aus der gesamten Bundesrepublik öffentlich zum »Marburger Manifest«, das vor einer »Politisierung der Hochschulen« warnte.⁸ Die unter dem Schlagwort der »Demokratisierung« vorangetriebenen Reformen, warnten die Unterzeichner, vermischten sich auf bedrohliche Weise mit dem Gedankengut linksradikaler Gruppen, die auf einen gesellschaftlichen Umsturz hinarbeiteten. Die Freiheit der Forschung und Lehre sei durch die Mitbestimmungsforderungen gefährdet, da die Sphäre der Universität »dem politischen Kräftespiel« unterworfen werde und ein drittel- oder auch nur fünftelparitätisches Proporzsystem die Hochschule in ein Konglomerat von Interessenverbänden zerfallen lasse.⁹

Habermas stellte sich öffentlich auf die Seite der Studenten und radikalen Reformer.¹⁰ Als expliziten Gegenentwurf zu dem von Habermas und Ludwig von Friedeburg ausgearbeiteten Vorschlag für die

6 Vgl. Howard P. Segal, »Technology, Pessimism, and Postmodernism: Introduction«, in: Yaron Ezrahi/ Everett Mendelsohn/ Howard Segal (Hrsg.), *Technology, Pessimism, and Postmodernism*, Dordrecht 1994, S. 1–10.

7 Zu von Weizsäcker demnächst detailliert Klaus Hentschel/ Dieter Hoffmann (Hrsg.), Carl Friedrich von Weizsäcker – *Physik, Philosophie, Friedensforschung*, Stuttgart 2013.

8 Anne Rohstock, *Von der Ordinariennuniversität zur Revolutionszentrale? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976*, München 2010, S. 264–265.

9 »Marburger Manifest gegen die »Politisierung der Hochschule«, 17. April 1968, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8 (August 1968), S. 881–886.

10 Siehe u. a. Erhard Denninger/ Ludwig von Friedeburg/ Jürgen Habermas/ Rudolf Wietölter, »Grundsätze für ein neues Hochschulrecht«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Juli 1968. Seine Positionen, die er damals in Zeitungsartikeln, Aufsätzen und Stellungnahmen vor politischen Gremien vertrat, veröffentlichte Habermas 1969 eigens in einer Textsammlung mit weiteren Schriften: Jürgen Habermas, *Protestbewegung und Hochschulreform*, Frankfurt am Main 1969.

hessische Hochschulreform formulierten Münchner Hochschulprofessoren um den Politikwissenschaftler Hans Maier und den Philosophen Nikolaus Lobkowitz im Sommer 1968 ein »Münchner Manifest« sowie »Leitsätze zur Hochschulreform«.¹¹ Der Münchner Zirkel, die Berliner »Notgemeinschaft für eine freie Universität«, der auch der Historiker Thomas Nipperdey angehörte, Marburger Professoren um Ernst Nolte sowie ein Tübinger Zirkel um den Soziologen Friedrich Tenbruck und eine Frankfurter Gruppe um Walter Rüegg bildeten schließlich die Basis für die Gründung des »Bundes Freiheit der Wissenschaft« (BFW) im November 1970. Der Gründungskongress in Bad Godesberg mobilisierte 1700 Professoren, Hochschulmitarbeiter, Pädagogen, Politiker und Journalisten. 1975 zählte die Organisation rund 5200 Mitglieder, davon nach Angaben des BFW ein Drittel Professoren.¹² Zwar betonte Hans Maier in seinem Einleitungsreferat, man sei »weder rechts noch links«, und tatsächlich rückte 1971 mit dem Politikwissenschaftler Richard Löwenthal ein prominenter Sozialdemokrat und Ex-Kommunist in den Vorstand.¹³ Gleichwohl bildeten Sozialdemokraten die Minderheit in einer, wie Axel Schildt formulierte, »männlichen« Mischung von christdemokratischen und vereinzelt gouvernementalen sozialdemokratischen Politikern, betuchten Förderern aus der Unternehmerschaft und Finanzwelt sowie Hochschulangehörigen [...] der mittleren Generation«.¹⁴ Im Großen und Ganzen war der BFW ein Sammelbecken für die sich in Abgrenzung vom reaktionären, antidemokratischen Konservatismus als »liberalkonservativ« bezeichnenden Vordenker der sogenannten Tendenzwende.¹⁵

Der Gründungsaufwurf des Bundes schloß 1970 in seiner Stoßrichtung an das Marburger Manifest an und wandte sich gegen eine »Politisierung der Wissenschaft«, wie man sie bislang nur in totalitären Systemen kenne.¹⁶ Allerdings adressierten die Verfasser des Gründungs-

11 Rohstock, *Ordinarienuniversität*, S. 265–266; vgl. Hans Maier, *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931ff.*, München 2011, S. 171–172.

12 Nicolai Wehrs, »Tendenzwende« und Bildungspolitik. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« (BFW) in den 1970er Jahren«, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, Nr. 42 (2008), S. 7–17; Daniela Münkler, »Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«. Die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung der Hochschule«, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 169–187.

13 Der indes 1978 austrat, da der Bund seine Überparteilichkeit verloren und zu einem Anhängsel der CDU geworden sei.

14 Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 22 (2004), S. 449–478, S. 452.

15 Vgl. Wehrs, »Tendenzwende«, S. 15–17; Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006, S. 102–108. Hacke definiert Liberalkonservatismus als im liberalen Denken verankerten Konservatismus, der Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus anerkennt.

16 Gründungsaufwurf des Bundes Freiheit der Wissenschaft, 1970: <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de> (aufgerufen 30. 12. 2012).

papiers nicht direkt einzelne Institutionen, Gruppierungen oder Personen. Vielmehr wandten sie sich eher unspezifisch gegen alle »diejenigen«, die bestimmte Ideologeme im Munde führten: studentische Kreise, die sich als »progressiv« verstünden und die »spätkapitalistische« Gesellschaft bekämpften; die eine »Politisierung der Wissenschaft« forderten, indem sie der Wissenschaft die Pflicht auferlegen wollten, ihre »gesellschaftliche Relevanz« nachzuweisen; die eine solche Politisierung unter dem falsch verstandenen Stichwort einer notwendigen »Demokratisierung« betrieben. Zwar könne »Demokratisierung«, falls sie die Beseitigung sozial ungerechter Zugangsbeschränkungen und die Erweiterung des Lehrkörpers meine, durchaus »einen guten Sinn« haben, doch sei dieser Prozess »von einem anderen Begriff der Demokratisierung begleitet, überholt und verdorben worden, der die Wissenschaft einem fremden Gesetz unterwirft, dem Gesetz der Verpflichtung auf die Parteinahme in einer angeblichen Weltauseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen«. In den Forderungen nach Mitbestimmung identifizierten die Verfasser ein »Brecheisen«, das die deutsche Universität aus ihren Angeln hebeln solle. Folglich sah der BFW nicht nur die Freiheit der Wissenschaft gefährdet, sondern auch die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik: unter der Ausnutzung objektiver Zwänge und Schwierigkeiten suche eine Ideologie »die angeblich ›bürgerliche‹ Wissenschaft und die angeblich bloß ›formale‹ Demokratie der westlich-parlamentarischen Gesellschaftsordnung ihrem Herrschaftsanspruch zu unterwerfen«. Solche Absichten mochten gewissen Phantasien der nach dem Auseinanderfallen der Studentenbewegung vielerorts aufspießenden und agitierenden linken Gruppierungen entsprochen haben. Auch ließ sich das von konservativer Seite gezeichnete Bedrohungsszenario mit einem statistisch belegbaren Linksruck an den Hochschulen untermauern. Im Übrigen bestärkte der Radikalenerlass, den Bundesländer und Bundesregierung im Januar 1972 beschlossen hatten, zumindest in Teilen der Öffentlichkeit die Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung der Republik.¹⁷

1973, zwei Jahre nachdem Habermas von Frankfurt nach Starnberg gezogen war, stimmte die philosophische Fakultät I der Universität München gegen seine Ernennung zum Honorarprofessor und verwehrte ihm damit eine formale Anbindung an die universitäre Wissenschaft in Bayerns Metropole. Unter Berufung auf zahlreiche Mitglieder des Fakultätsrats wertete die Presse diese Entscheidung einhellig

17 Die Westdeutsche Rektorenkonferenz zählte 1971 38 Allgemeine Studentenausschüsse, von denen 31 von linksgerichteten Gruppen geführt wurden; 1973 standen von 52 erfassten Studentenvertretungen 46 unter linker Führung. Allein der Marxistische Studentenbund Spartakus hatte nach Angaben des bayerischen Innenministeriums 1972 in Westdeutschland rund 2000 Mitglieder. Rohstock, *Ordinarienuniversität*, S. 365–366.

als eine politische Stellungnahme, die als ein Votum gegen Habermas' Engagement für das hessische Hochschulgesetz von 1970 zu verstehen sei. Habermas habe sich, so hieß es aus der Universität München, »politisch im Sinne der SPD betätigt«; nun müsse er, wie einer seiner Gegner laut *Frankfurter Rundschau* gesagt haben soll, »erst einmal genügend lange in Starnberg schmoren, bis Gras über das hessische Universitätsgesetz gewachsen ist«. ¹⁸ Als Hauptgegner einer Berufung von Habermas wurde der Historiker Thomas Nipperdey zitiert, den der Journalist Dieter Straubert in der *Frankfurter Rundschau* und in der Münchner *Abendzeitung* als Vorstandsmitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft eindeutig auf der konservativen Seite verorten konnte. Nipperdey war 1971 einem Ruf nach München gefolgt. Erst im September, zwei Monate vor den universitätsinternen Diskussionen über die Honorarprofessur für Habermas, hatte man ihn zum Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft gewählt. ¹⁹ Gleichwohl verliefen die Fronten in München keineswegs eindeutig, denn den Antrag auf Habermas' Berufung hatte mit Nikolaus Lobkowicz, Rektor der Universität, ebenfalls ein »Konservativer« gestellt, wie sowohl die *Frankfurter Rundschau* als auch die *Zeit* festhielten. ²⁰ Die Münchner *Abendzeitung* zitierte Nipperdey so: »Die Zahl der bedeutenden Wissenschaftler in München außerhalb der Universität ist besonders groß. Wenn man jetzt diesen Präzedenzfall geschaffen hätte, könnten ja auch noch zehn andere kommen.« Der ebenfalls um seine Sicht gebetene Jürgen Habermas qualifizierte die Entscheidung der Universität als »eine Form der negativen Politisierung durch diejenigen, die sonst immer die sogenannte Politisierung der Universität als große Gefahr an die Wand gemalt haben«. ²¹ Die reißerische Überschrift des Münchner Boulevardblattes – »Eine Ohrfeige für Habermas«, übertitelt mit »Berufungsskandal an der Uni München« – griff Dieter E. Zimmer in der *Zeit* auf und deutete die Entscheidung abschließend als eine »Selbstohrfeige« der Universität. ²²

Die Münchner *Abendzeitung* bewertete die Angelegenheit als »Skandal«, über den sie die Öffentlichkeit aufzuklären gedachte. Alle involvierten Blätter stellten sich auf die Seite von Jürgen Habermas, der ihnen als Opfer galt. Die Täter waren zur Rechenschaft zu ziehen und

18 Dieter Straubert, »Den prominenten Soziologen Jürgen Habermas mochten die Ordinarien nicht haben«, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. Nov. 1973. Das Gras hatte allerdings schon zu wachsen begonnen. Im Mai 1973 schrieb das Bundesverfassungsgericht in allen Entscheidungen, die Lehre, Forschung und Berufungen betrafen, die »Professorenmehrheit« fest. Das 1970 verabschiedete hessische Hochschulgesetz wurde bereits 1974 und erneut 1978 novelliert.

19 Schildt, »Kräfte«, S. 452 Anm. 15.

20 Dieter Straubert, »Den prominenten Soziologen Jürgen Habermas mochten die Ordinarien nicht haben«, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. Nov. 1973; Dieter E. Zimmer, »Selbstohrfeige«, in: *Die Zeit*, 7. Dez. 1973.

21 Dieter Straubert, »Eine Ohrfeige für Jürgen Habermas«, in: *Abendzeitung*, 28. Nov. 1973.

22 Dieter E. Zimmer, »Selbstohrfeige«, in: *Die Zeit*, 7. Dez. 1973.

sei es allein dadurch, dass ihr Fehlverhalten öffentlich gemacht wurde. Der Vorgang wog umso schwerer, als hier eine mächtige Organisation gegen eine einzelne, gegenüber dieser institutionellen Macht wehrlose Person vorgegangen war, der Unrecht geschehen war. Fortgeschrieben wurde die Diagnose eines Ungleichgewichts der Kräfte, die 1969 schon die Gegenüberstellung von »kleinem Institut« und »mächtiger Industrielobby« sowie »erkonservativem Establishment« geprägt hatte. Die Entscheidung der Universität betrachteten die Medien einhellig als ein politisches Votum von konservativer Seite, das sich gegen die durch Habermas offenbar personifizierte Linke im Allgemeinen sowie gegen die Hochschulgesetzgebung sozialdemokratischer Prägung im Besonderen richtete. Sie teilten Habermas' Vorwurf der »Politisierung« und stellten damit klar, woher der Wind wehte. Auch die *Süddeutsche Zeitung* wandte sich indirekt an den Bund Freiheit der Wissenschaft, der sich in seinem Gründungsauftrag explizit gegen eine »Politisierung der Wissenschaft« ausgesprochen hatte, weil sie die Freiheit der Wissenschaft aufs Spiel setze. Dass sich die Münchner Professoren dazu aufgerufen fühlten, Habermas wegen seiner Parteinahme für die Studentenbewegung und das hessische Hochschulgesetz einen »Denkzettel« zu verpassen, bringe »die lauterer Töne über die Freiheit von Forschung und Lehre« ins Zwielficht, so die *Süddeutsche*.²³ Der wechselseitige Vorwurf, man betreibe eine Politisierung wissenschaftlicher Sachfragen, über die eigentlich doch nach rein wissenschaftlichen Maßstäben zu richten sei, prägte dann auch die Finalisierungsdebatte, die mit der Berichterstattung über die Tagung »Gefährdete Wissenschaft« in München im März 1976 begann.

Die Bedrohung der Wissenschaft durch die Wissenschaft

Der Philosoph und Publizist Willy Hochkeppel, der später für die redaktionelle Überarbeitung des Tagungsbandes verantwortlich zeichnen sollte,²⁴ sah sich in seinem Auftaktbericht für die *Süddeutsche Zeitung* veranlasst zu betonen, dass es sich bei dem Münchner Arbeitskreis weder um einen »Ableger« des Bundes Freiheit der Wissenschaft noch um eine politisch und philosophisch homogene Gruppe handle. Vom Bund Freiheit der Wissenschaft unterscheidet sich der Arbeitskreis dadurch, dass er »ausschließlich wissenschaftlich« argumentiere. Auch

23 »Was sich Münchens Universität alles leisten kann« [gez. bck], in: *Süddeutsche Zeitung*, 29. Nov. 1973.

24 Der Tagungsband erschien zeitnah noch im selben Jahr, erlaubt aber nicht, den Wortlaut der Vorträge (erst recht nicht der Diskussion) zu rekonstruieren, weil die Referate, wie das Vorwort verzeichnet, in »revidierter Fassung« publiziert wurden. Kurt Hübner/Nikolaus Lobkowicz/Hermann Lübbe/Gerard Radnitzky (Hrsg.), *Die politische Herausforderung der Wissenschaft*. Gegen eine ideologisch verplante Forschung, Hamburg 1976.

die promovierte Philosophin Renate Schostack, seit 1969 Redakteurin bei der *FAZ*, hob hervor, dass dem Kreis die »ideologische Geschlossenheit« fehle und es ein Missverständnis wäre, in ihm »ein rechtes Gegenbild zur linken Wissenschaftslobby« zu sehen. Gleichwohl unterstrichen Schostack und Hochkeppel wie auch Günter Zehm in der *Welt*, dass auf der Tagung weitgehend Einigkeit hinsichtlich eines gemeinsamen »Gegners« und eines geteilten »Feindbildes« geherrscht habe. Als Hauptgegner, so Schostack, habe man die »Finalisten« betrachtet, »eine Gruppe von Wissenschaftstheoretikern am Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Starnberg, die unter ›Finalisierung‹ nichts anderes als die inhaltliche Steuerung der Wissenschaft verstehen, deutlich gesagt: die Ausrichtung der Wissenschaft auf soziale und politische Zwecke«. Hochkeppel zitierte aus einem Programmpapier des Arbeitskreises, das die Tagungsorganisatoren der Presse zugeleitet hatten: Unter dem Stichwort der »Finalisierung« werde Studenten und Wissenschaftspolitikern mit zunehmenden Erfolg eingeredet, »daß die Wissenschaft vor allem von externen Interessen geleitet und weitgehend politischen Zielsetzungen sowie staatlicher Planung unterworfen werden müsse«. Darin liege nicht nur eine ernste Gefahr für die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch für die politischen Freiheiten in der Bundesrepublik. Während es die *Süddeutsche Zeitung* und die *FAZ* bei dieser Charakterisierung beließen, spitzte Günter Zehm die Angelegenheit in der *Welt* überaus polemisch und diffamierend zu. »Aus marxistischen Grundüberzeugungen, mißverständener amerikanischer Wissenschaftstheorie und außerwissenschaftlichen, ›emanzipativen‹ Antrieben hat man [im Starnberger Max-Planck-Institut] in den letzten Jahren die Theorie von der ›Finalisierung der Wissenschaft‹ zusammengebraut und werbewirksam an die Öffentlichkeit gebracht.« Diese Theorie behaupte, dass sich jede »reife« Wissenschaft an »gesellschaftlich relevanten« Zwecken auszurichten habe. »Die Kritik an dieser Finalisierungstheorie war in München schneidend; es dürfte den Starnbergern schwerfallen, in Zukunft unter Wissenschaftlern noch ernst genommen zu werden.« Die Starnberger Theoreme seien bei Politikern bereits auf fruchtbaren Boden gefallen, unter ihrem Einfluss seien Mittel auf »imbezile, im Grunde völlig überflüssige Modedisziplinen« wie zum Beispiel die Friedensforschung umgeleitet worden. Gefährlicher aber noch sei der Drang der »Finalisierer«, Stalin und Lyssenko gleich, ihnen nicht behagende wissenschaftliche Forschungen aus ideologischen Gründen zu verhindern.

Das Starnberger Institut war damit als Brutstätte einer ins Mäntelchen wissenschaftlicher Theorie gekleideten Ideologie identifiziert, mit deren Hilfe der Freiheit der Forschung in der Bundesrepublik der Gar aus gemacht und nur noch politisch genehme Wissenschaft betrieben

werden solle. Gute Wissenschaftler waren diese »Finalisierer« nicht. Ihr ideologischer und intellektueller Horizont war begrenzt, ihre Theorie hatte kein wissenschaftliches Fundament, war vielmehr aus externen »Antrieben« gespeist. Noch dazu hatten sie sich angeblich als »werb wirksame« Popularisierer in der Öffentlichkeit betätigt. Ihre theoretischen Positionen hätten sie wie in einer Hexenküche »zusammengebraut«, und nun waren sie im Begriff, den Wissenschaftspolitikern der Republik ihr Gift in die Ohren zu träufeln und die Geldströme der Wissenschaft in das eigene Institut umzuleiten, wo nichts anderes als überflüssige Forschungsmoden gepflegt und eine stalinistisch-totalitäre Pseudowissenschaft betrieben werde. Das Muster dieser Argumentation lief darauf hinaus, den beteiligten Wissenschaftlern den Status als ernst zu nehmende Forscher abzusprechen, denn sie argumentierten ideologiegeleitet und damit alles andere als wertfrei. So manifestierten sich in Zehms Artikel in popularisierter Form die Reflexe des Positivismusstreits und der Totalitarismustheorie: Wer die Werturteilsfreiheit in seiner wissenschaftlichen Theoriebildung in Frage stellte, verfolgte politische Interessen, rechtfertigte politische Intervention und war folglich ein Feind der Demokratie.

Jürgen Habermas wandte sich daraufhin zunächst an Nikolaus Lobkowitz mit der Bitte, ihm die Tagungsmaterialien zu schicken, die er – anders als der *Spiegel*-Redakteur Georg Wolff – bis zum 31. des Monats noch nicht erhalten hatte.²⁵ So schrieb er es jedenfalls wenige Tage nach dem Erscheinen von Zehms Artikel an den *Zeit*-Redakteur Dieter E. Zimmer, der sich drei Jahre zuvor in der Sache der verweigeren Honorarprofessur auf die Seite von Habermas gestellt hatte. Zugleich verfasste die Arbeitsgruppe Wissenschaftsforschung des Instituts, die die Thesen zur Finalisierung formuliert und hierzu 1972 und 1973 in der *Zeitschrift für Soziologie* die grundlegenden Aufsätze publiziert hatte, einen Leserbrief an die *Welt*. Der *Spiegel* zitierte in einem Artikel Statements von Habermas, Carl Friedrich von Weizsäcker und einem der Mitverfasser der Finalisierungsaufsätze, Wolfgang van den Daele, ebenso wie von Lobkowitz, der eine baldige Publikation der Tagungsbeiträge ankündigte.²⁶

Für die *Welt* war die Diskussion mit dem Abdruck des Leserbriefs der Starnberger Arbeitsgruppe beendet, die festhielt, dass »publizistische Verleumdung« der freien Diskussion über Wissenschaft ebenso schade wie staatliche Disziplinierung.²⁷ Den genuin wissenschaft-

25 Habermas an Dieter E. Zimmer, 31. März 1976, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (AMPG), II. Abt., Rep. 9: Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften 38.

26 »Philosophie: Etwas unfair«, in: *Der Spiegel*, 5. April 1976.

27 »Die Starnberger fühlen sich ausgetrickst« [Leserbrief von J. Behrmann, Dr. G. Böhme, Dr. W. van den Daele, Dr. R. Hohlfeldt, Dr. W. Krohn, W. Schäfer M.A., Dr. T. Spengler], in: *Die Welt*, 7. April 1976.

lichen Charakter ihrer Theorie unterstrichen die Verfasser des Leserbriefs durch die Hinweise, ihre These sei in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift veröffentlicht, werde von ihnen auf nationalen und internationalen Kongressen vertreten und gegenwärtig mit Hilfe empirischer Untersuchungen überprüft und weiterentwickelt. Die Grundthese ihrer Überlegungen laute, dass in einer Phase relativer theoretischer »Reife« die Wahl weiterer Probleme einer wissenschaftlichen Disziplin »nach sozialen Kriterien bestimmt« werden könne; die theoretische Fortentwicklung in einer solchen Disziplin, wie zum Beispiel im Fall der Agrikulturchemie, »entspreche« dann dieser sozialen Zwecksetzung. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe unterzeichneten die briefliche Stellungnahme mit sämtlichen akademischen Titeln.

Die zweite Etappe der medialen Diskussion eröffnete am 16. April, gute drei Wochen nach der Münchner Tagung, Dieter E. Zimmer in der *Zeit*. Es gelte zu klären, ob in Starnberg tatsächlich eine Verschwörung gegen die Wissenschaft ausgeheckt worden sei, wie die Artikel von Zehm und Hochkeppel behaupteten.²⁸ Ausführlich ließ Zimmer Habermas zu Wort kommen und nahm erneut für ihn und die Starnberger Wissenschaftler Partei. Man habe die Wissenschaftler, deren Thesen auf der Tagung angegriffen wurden, nicht eingeladen und ihnen hinterher den Einblick in die Tagungspapiere verwehrt, so Zimmer im Anschluss an Habermas. Dies sei »in der Tat miserabler wissenschaftlicher Stil, ein primitiver Verstoß gegen jenes Neutralitäts- und Objektivitätsgebot, zu dessen Verteidigung die Tagung [...] zusammengetreten war«. Danach gab die *Zeit* der Starnberger Arbeitsgruppe Raum für eine ausführliche Stellungnahme, um »der Öffentlichkeit ihre Theorie« zu erläutern – bevor das Schlagwort »Finalisierung« zu einem affektbeladenen Schimpfwort werde.

Die mediale Debatte setzte mithin als ein Streit über die Bedeutung dieses Begriffs ein und damit vor allem darüber, wer die Hoheit über den Begriff hatte. Sie ist als Teil jener politischen Deutungskämpfe zu lesen, die seit den ausgehenden 1960er Jahren als Auseinandersetzungen um die »Sprachherrschaft« geführt wurden.²⁹ Konservative Intellektuelle und christdemokratische Politiker hatten festgestellt, dass die politische Sprache der sozialliberalen Koalition über die Politik hinaus weite Teile der Gesellschaft, Verbände und Organisationen durchdrungen und der politischen Opposition gewissermaßen in einem Akt rhetorischer Landnahme die Meinungsführerschaft entrissen habe. In

28 Dieter E. Zimmer, »Verschwörung gegen die Wissenschaft?« [Untertitel: Starnberger Max-Planck-Institut plant angeblich das Ende freier Forschung – Ein Vorwurf und eine Antwort], in: *Die Zeit*, 16. April 1976.

29 Martin Geyer, »Kritik und Krise: Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren«, in: Thomas Mergel (Hrsg.), *Krisen verstehen*. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt am Main 2012, S. 257–273.

den Versuchen des politischen Konservatismus, das Reform- und Protestvokabular der Linken zu enttarnen und der SPD eine neue eigene, machtvolle politische Sprache entgegenzusetzen, spielte neben dem CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf, der das Thema 1973 auf dem Parteitag der CDU anstieß und systematisch in die Programmstrategie integrierte,³⁰ erneut Hans Maier eine zentrale Rolle, seit Ende 1970 Kultusminister im mit absoluter Mehrheit von der CSU regierten Bayern. Schon im Gründungsauftrag des Bundes Freiheit der Wissenschaft waren Leitvokabeln der Linken wie »spätkapitalistisch«, »progressiv«, »formale Demokratie« und »bürgerliche Wissenschaft« in Führungszeichen gesetzt und als politische Schlagworte dechiffriert worden. Zudem unterschied der Aufruf zwischen zwei unterschiedlichen Bedeutungen von »Demokratisierung« – ein Signalwort, dessen sich Hans Maier 1972 während des 41. Bergedorfer Gesprächskreises annahm, der dem Thema »Sprache und Politik« gewidmet war. Das politische Vokabular habe sich seit den 1960er Jahren merklich verändert, neue Begriffe seien aufgekommen, alte seien umgedeutet worden. Insbesondere der Begriff der Demokratie hatte sich Maiers Einschätzung zufolge gewandelt. Eigentlich werde der Begriff »mit rechtsstaatlichen, parlamentarischen, parteistaatlich-pluralistischen Formelementen« assoziiert. Der Begriff der »Demokratisierung« sei hingegen nun dabei, ein Kampfbegriff gegen genau diese Prinzipien des parlamentarischen Rechtsstaates zu werden.³¹ Noch deutlicher wurde der 1969 von der SPD in die CDU übergetretene Politikwissenschaftler und baldige Habermas-Kontrahent Wilhelm Hennis, bei dem das traditionelle antiamerikanische Ressentiment des alteuropäischen Konservatismus durchbrach: »Wenn gegen die Anarchie der Sprache die haltenden Kräfte ausfallen oder historisch-traditionale Zufälle sind, wie in den USA, in den angelsächsischen Demokratien oder weithin auch bei uns, dann ist die Sprache, wie Hobbes sagt, nur noch ein Mittel des Kampfes, mit dem man primär verletzt und lügt.«³²

Im Führen einer scharfen rhetorischen Klinge standen beide Seiten einander wenig nach, war die Auseinandersetzung um die Begriffs- und Deutungshoheit, ausdrücklich verstanden als politischer Machtkampf, doch wesentlich auf mediale Multiplikatoren angewiesen. Es galt Begriffe zu »besetzen« und zu verbreiten. Zuspitzungen waren dabei nicht nur hilfreich, sondern unerlässlich. »Nur was spektakulär

30 Siehe Martin Geyer, »War over Words: The Search for a Public Language in West Germany«, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, S. 293–330.

31 Protokoll des 41. Bergedorfer Gesprächskreises »Sprache und Politik« 1972, S. 1–4: <http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gespraechskreis.html> (aufgerufen 31. 12. 2012).

32 Ebd., S. II.

auf den Markt dringt, weckt in den politischen Spitzengremien Aufmerksamkeit und Kräfte«, so Hermann Lübke im Umfeld der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die die Organisatoren bereits Monate zuvor mit einer Medienkampagne annonciert hatten.³³ Auf diese Weise war es gelungen, den politischen Forderungen des Bundes Publizität zu verschaffen und ihn in der Öffentlichkeit als Lobbyorganisation für die »Freiheit der Wissenschaft« zu etablieren.³⁴

Bedenkt man das aufgeheizte politische Klima und die Begriffskämpfe in der Bundesrepublik der mittleren 1970er Jahre, liegt die Vermutung nahe, dass die Veranstalter der Münchner Tagung den Begriff der Finalisierung als ideologischen Kampfbegriff deklarieren und damit als wissenschaftliches Konzept diskreditieren wollten. Demgegenüber unternahm *Die Zeit* im April 1976, als sie den Starnberger Wissenschaftlern ein Forum bot, den Versuch, die Debatte stärker zu verwissenschaftlichen. Allerdings zeigte sich gerade in der oben zitierten Formulierung – die Starnberger sollten der Öffentlichkeit ihre Theorie erläutern, bevor *das Schlagwort* der Finalisierung zu einem Schimpfwort werde – ein zentrales Problem dieses Vorstoßes: »Finalisierung« war eben kein Schlagwort, vielmehr verbarg sich unter dieser Wortprägung eine komplexe historisch, philosophisch und wissenssoziologisch fundierte Theorie über die Stadien wissenschaftlicher Entwicklung und die Möglichkeit, diese durch wissenschaftspolitische Maßnahmen zu beeinflussen. Die Überlegungen zur »Finalisierung« standen in engem Zusammenhang mit Initiativen der Bundesregierung zu einer Systematisierung der Forschungs- und Wissenschaftspolitik.³⁵ Carl Friedrich von Weizsäcker war daran etwa seit 1967 als Mitglied des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung und (zwischen 1974 und 1977: Vorsitzender) des Beratenden Ausschusses für Forschung und Technologie des entsprechenden, von der SPD geführten Ministeriums beteiligt.

Was heißt Finalisierung? Suggestionen und Gegensuggestionen

Ein Blick in den Tagungsband der Münchner Konferenz zeigt, dass eine seriöse wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Theorie

33 Lübke zitiert nach Wehrs, »Tendenzwende«, S. 11.

34 Münkler, »Bund«, S. 181–184; siehe auch Nikolai Wehrs, »Protest der Professoren. Der Bund Freiheit der Wissenschaft und die Tendenzwende der 1970er Jahre«, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt am Main 2010, S. 91–112.

35 Zu diesem Kontext Andreas Stucke, *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*, Frankfurt am Main 1993, bes. S. 64–123.

weitgehend unterblieb.³⁶ Sie hätte etwa vorausgesetzt, mehr als eine Veröffentlichung der Starnberger Autoren zu dem Thema heranzuziehen, während es faktisch beim Verweis auf den frühesten, tentativen Aufsatz in der *Zeitschrift für Soziologie* blieb, der bei den Tagungsteilnehmern nachhaltigen Eindruck hinterlassen zu haben schien. Die Kritik der Starnberger Wissenschaftler setzte 1972/1973 an einer mangelnden theoretischen Fundierung wissenschaftspolitischer Steuerungsvorhaben an. »Die Versuche, Wissenschaftspolitik durch systematische Prioritätensetzung und die Anwendung analytischer Methoden zu rationalisieren, sind bislang unfruchtbar geblieben. Es ist weder geklärt, was an der Wissenschaft mit welchen Mitteln gesteuert werden kann, noch gibt es Verfahren, um die Folgen der Steuerungsversuche zu kontrollieren und zu bewerten.«³⁷ Der planungstheoretische Überschlag der Zeit war zumindest hier schon längst verfliegen. Was neben den angeblichen »marxistischen Grundüberzeugungen« der Gruppe – die allein schon dadurch, dass sie mit Jürgen Habermas in einem Institut arbeiteten, verbürgt schienen – den Ideologieverdacht und den Vorwurf einer Politisierung von Wissenschaft nährte, war wohl dies: In den Überlegungen zur »Finalisierung« verzahnten sich wissenschaftstheoretische Hypothesen über die Rolle externer Faktoren in der Wissenschaftsentwicklung mit dem Versuch einer theoretischen Fundierung der Wissenschaftspolitik.³⁸

Unter »Finalisierung« verstanden Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn zuerst einen »Prozeß, in dem externe Zwecksetzungen gegenüber der Wissenschaft zum Entwicklungsleitfaden der Theorie werden«.³⁹ Die »finalisierte Wissenschaft« war mit der dritten Stufe eines historischen Phasenmodells erreicht. In diesem dritten Entwicklungsstadium, das Thomas Kuhns Konzept der auf einem gesicherten, allgemein anerkannten theoretischen Fundament stehenden »normal science« entsprach, sei die Wissenschaft offen für die »soziale und politische Determinierung ihrer Entwicklungsrich-

36 Eine Ausnahme bildet der Beitrag von Gunnar Andersson, »Freiheit oder Finalisierung der Forschung?«, in: Hübner et al. (Hrsg.), *Herausforderung*, S. 66–77; polemisch und verkürzend hingegen vor allem Gerard Radnitzky, »Dogmatik und Skepsis: Folgen der Aufgabe der Wahrheitsidee für Wissenschaft und Politik«, S. 24–51, und Kurt Hübner, »Die Finalisierung der Wissenschaft als allgemeine Parole und was sich dahinter verbirgt«, S. 89–96.

37 Gernot Böhme/Wolfgang van den Daele/Wolfgang Krohn, »Die Finalisierung der Wissenschaft«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2/2 (1973), S. 128–144, S. 128; praktisch als erster Teil dieses Aufsatzes ist ein Beitrag derselben Autoren zu verstehen, der nur wenige Monate zuvor erschien: »Alternativen in der Wissenschaft«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 1/4 (1972), S. 302–316.

38 Diesen Zusammenhang betont auch Peter Tietze, »Fortschritt durch Krise. Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 1970–1980« (unveröff. Magisterarbeit, Universität Tübingen, 2009), S. 86.

39 Böhme/van den Daele/Krohn, »Finalisierung«, S. 129. Mit »Theorie« war nach meinem Verständnis die wissenschaftliche Theoriebildung gemeint.

tung«,⁴⁰ offen für die »theoretische Internalisierung externer Zwecke«. ⁴¹ Die Schlussfolgerungen, die Böhme, van den Daele und Krohn daraus zogen, waren in ihrer dystopischen Konsequenz beängstigend. Sei die Wissenschaft im Stadium ihrer Finalisierung offen für die theoretische Internalisierung externer Zwecke, könne sie auch prinzipiell ihre Herrschaftskonformität und ihre Dienstleistungsfunktion für partikulare Interessen maximieren – und zwar ohne sich als »brauchbare« Wissenschaft aufzuheben. Die Finalisierungstheorie bot damit zum einen eine Erklärung für die politische Anpassungsfähigkeit der Wissenschaft, wobei die Bedingungen der NS-Zeit in der historischen Fundierung der Theorie eine merkwürdige Leerstelle bildeten. Zum anderen jedoch erschien eine technokratische Diktatur durch wissenschaftliche Experten möglich, wenn die Wissenschaft die *Stabilisierung von Herrschaft* als Zweck in ihrer Theoriebildung aufnehme. Herrschaft selbst werde damit »wissenschaftlich«. »Ihre Bedingungen und Formen werden, unabhängig von den schwankenden Definitionen, die ihnen soziale Gruppen geben, in Disziplinen nach immanenten Maßstäben entwickelt.«⁴² Wissenschaft und Staat verschmolzen folglich zur herrschaftstechnologischen Allianz. Man konnte darin durchaus eine Bedrohung für die Freiheit der Wissenschaft und für die Demokratie sehen, wobei zu klären gewesen wäre, was unter dieser Freiheit zu verstehen war.

Als eine solche Bedrohung mussten auch Formulierungen erscheinen, mit denen die drei Autoren die Wissenschaft der »bürgerlichen Gesellschaft« charakterisierten. Dem »traditionellen Wissenschaftsverständnis der Neuzeit« gemäß sei die Wissenschaft »zumindest langfristig immer ein kollektives Gebrauchsgut«. In diesem Verständnis hätten sich, so die Verfasser, die allgemeinen Ansprüche des Bürgertums und der Wissenschaft miteinander verbunden, gemeinsamer Bezugspunkt sei hierbei die Allgemeinheit der Vernunft gewesen. Die »Begrenzung der bürgerlichen Gesellschaft« zog ihnen zufolge jedoch dem Allgemeinheitsanspruch der Wissenschaft klare Grenzen. »Die private Verfügung über produktive wie innovative soziale Funktionen entzieht diese Funktionen einer Bestimmung durch demokratische Willensbildung.« Unter derartigen Gegebenheiten seien »soziale Normen nicht als rationale Ziele wissenschaftlicher Arbeit konstituierbar. Eine sich universell verstehende Wissenschaft würde sich gegen diese Formen systematischer Privatheit richten zugunsten einer solchen Strukturierung der Gesellschaft, in der schließlich der Wissenschaft

40 Ebd., S. 133–135.

41 Ebd., S. 144.

42 Ebd.

ihre Bahn durch den rational erzeugten Konsensus der Gesellschaft vorgezeichnet werden kann.«⁴³ Auch wenn hier signifikante Begriffe undefiniert blieben – was hieß »Konsensus«, wie konnte man ihn »rational« erzeugen – und die Formulierungen insgesamt umständlich klingen, war doch wohl Folgendes suggeriert: Die Freiheit der Wissenschaft, die etwa die Mitglieder des gleichnamigen Bundes zu verteidigen gedachten, war nur eine Schimäre, denn die Wissensproduktion einer so charakterisierten Wissenschaft war durch die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft ebenso determiniert und begrenzt wie ihre Allgemeinheitsansprüche. Eine »sich universell verstehende Wissenschaft« würde – oder müsste? – sich folglich gegen die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft wenden (mithin auch gegen die bundesrepublikanische Gesellschaft des Jahres 1973, die in den Augen der Neuen Linken eine bürgerliche Gesellschaft darstellte, wenn auch im Verfallsmodus des Spätkapitalismus). Im Stadium ihrer Finalisierung war die Wissenschaft laut Böhme, van den Daele und Krohn allerdings auch offen dafür, über die bisherigen Begrenzungen hinaus »den gesellschaftlichen Konsensus in seiner historischen Änderbarkeit zu repräsentieren« und die »Allgemeinheit des gesellschaftlichen Konsensus zu einem möglichen Bezugspunkt wissenschaftlicher Allgemeinheit« zu machen.⁴⁴ Unbeantwortet blieb, wie und vor allem durch wen dieser »Konsensus« herzustellen und was unter »repräsentieren« zu verstehen war. Es waren diese offenen Formulierungen und subtilen politischen Suggestionen, die zu spekulativen Interpretationen und Gegensuggestionen einluden.

Die *Zeit* veröffentlichte, wie bereits erwähnt, am 16. April 1976 eine lange Stellungnahme der Starnberger Gruppe zu den in den Medien geäußerten Vorwürfen und suchte den Kern ihrer Thesen zu erklären. Noch einmal erläuterten die Starnberger Autoren das Phasenmodell nach Kuhn, den Unterschied zwischen internalistischen und externalistischen Erklärungsansätzen für die Wissenschaftsentwicklung, und kennzeichneten ihr »Finalisierungskonzept« als den Versuch, beide Ansätze miteinander zu verbinden, um rationale Kriterien für eine *zweckmäßige wissenschaftspolitische Steuerung* zu gewinnen. Darauf veröffentlichten mit dem Bochumer Philosophen Gerard Radnitzky und Gunnar Andersson zwei Teilnehmer der Münchner Tagung eine Erwiderung in der *Zeit*, die Dieter E. Zimmer recht süffisant kommentierte. Laut Radnitzky und Andersson hatte sich nur eins von zwanzig Referaten der Tagung mit den Thesen der Starnberger Arbeitsgruppe befasst; den Ausdruck »Finalisierung« habe man in einem viel weite-

43 Alles ebd., S. 143.

44 Ebd., S. 144.

ren Sinne verwendet, nämlich »als Aufhänger für Theorien, die einen engen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft behaupten«; man verstehe gar nicht, warum sich die Starnberger überhaupt angesprochen fühlten. Im zweiten Teil ihrer Stellungnahme folgte dann eine wissenschaftliche Kritik der These.⁴⁵ Wie von der *Zeit* beabsichtigt, setzte nun in der Tat eine gewisse Verwissenschaftlichung der Debatte ein, in die sich mit Ralf Dahrendorf ein weiterer prominenter Sozialwissenschaftler einschaltete. In einem Leserbrief an die *Zeit*, der neben dem von Radnitzky und Andersson erschien, äußerte sich Dahrendorf ganz explizit in seiner Rolle als Mitglied des Senats der Max-Planck-Gesellschaft und des Fachbeirats des Starnberger Instituts.⁴⁶ Die wissenschaftstheoretischen Überlegungen aus Starnberg seien nach seinem Verständnis, das nicht zuletzt auch auf direkten Gesprächen mit den Wissenschaftlern beruhe, weit entfernt davon, eine »rote« Theorie zu sein. Insofern müssten die Veranstalter der Tagung dem in der Öffentlichkeit entstandenen falschen Eindruck entgegenzutreten. »Politische Kritik an die Stelle der wissenschaftlichen zu setzen, ist ja nicht nur billig, sondern schlicht unredlich. Da ich das den Herren Lobkowicz, Lübke und ihren Kollegen nicht zutraue, bitte ich sie dringend um die nötig Klarstellung.«

Ein Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung*, dem zufolge die »Finalisierung« der Forschung nichts anderes verlange als deren Ausrichtung »auf das politische Diktat des Sozialismus«, veranlasste im selben Monat auch Carl Friedrich von Weizsäcker zu einem langen Beitrag.⁴⁷ Neben Radnitzky reagierten mit dem Mannheimer Philosophen und Soziologen Hans Albert sowie dem Kieler Philosophen Kurt Hübner zwei weitere prominente Tagungsteilnehmer auf Dahrendorfs und Habermas' Interventionen in der *Zeit*. Sie wiesen den Vorwurf, politische Diffamierung betrieben zu haben, empört zurück – gerade von Wissenschaftlern wie Habermas, »die in ihren eigenen Arbeiten die gesellschaftliche Einbettung der Erkenntnis zu betonen« pflegten, wollten sie sich einen solchen Vorwurf nicht gefallen lassen.⁴⁸ Das publizistische Organ des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die *Hochschulpolitischen Informationen*, druckten einen Leserbrief Radnitzkys, den

45 Gerard Radnitzky/Gunnar Andersson, »Was wahr ist – was frei macht«, in: *Die Zeit*, 23. April 1976. Die Kritikpunkte waren: Begriff der »abgeschlossenen Theorie« naiv; These von der Endlichkeit der fundamentalen Probleme eine wissenschaftliche Randposition; Kuhn sage kaum etwas zu externen Faktoren; Theorieentwicklung und Anwendung laufen in der Wissenschaft parallel.

46 »Bitte um Klarstellung«, in: *Die Zeit*, 23. April 1976.

47 »Politisierung der Wissenschaft« [Untertitel: Streit um ein »Finalisierungskonzept«] [gez. me], in: *Neue Zürcher Zeitung*, 24. April 1976; Carl Friedrich von Weizsäcker, »Über Wissenschaftspolitik und die begreifliche Angst des Bürgertums«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5. Mai 1976.

48 »Endgültiges Ende auch des originellsten Blödsinns«, in: *Die Zeit*, 7. Mai 1976.

abzudrucken sich die *Zeit* angeblich geweigert hatte (tatsächlich erschien er dort am selben Tag), garniert mit einem verbalen Hieb gegen den »einseitig parteiisch« festgelegten Dieter E. Zimmer.⁴⁹ In der *NZZ* warf Radnitzky von Weizsäcker vor, die Finalisierungsthese in seinem Artikel in einer verwässerten Form dargestellt und verschwiegen zu haben, dass mit ihrer Hilfe die inhaltliche Steuerung *der Grundlagenforschung* gerechtfertigt werden solle.⁵⁰ Dahrendorf sah sich daraufhin zu einer weiteren Intervention veranlasst, da sein erster Versuch, »die Diskussionstemperatur zu senken, um zu verhindern, daß die Wissenschaft in Deutschland vom Fieber der Politik infiziert wird«, offenbar gescheitert war.⁵¹ Er rekapitulierte die bisherige Debatte und explizierte sein Verständnis der Finalisierungsthese offenbar im Lichte der ihm nun vorliegenden Tagungspapiere, denen er entnahm, dass die wissenschaftstheoretischen Thesen auf der Münchner Tagung nur »bedauerlich verkürzt« diskutiert worden seien. Der Beitrag von Nikolaus Lobkowicz in derselben Ausgabe der *Zeit* unterstrich den Eindruck, dass auf der Tagung kaum über den theoretischen Gehalt der Finalisierungsthese gesprochen worden war. Man habe, so Lobkowicz vage, aber auch nicht über politische Intentionen der Starnberger gesprochen, sondern über die »politischen Auswirkungen bestimmter Theorien« sowie die »theoretischen Hintergründe bestimmter wissenschaftspolitischer Entwicklungen«.⁵² Zwei Dinge allerdings konzedierte er. Es sei zu fragen, ob ein Kreis, der einer Politisierung der Wissenschaft entgegenwirken wolle – also der Arbeitskreis, der die Tagung veranstaltet hatte –, nicht in erhebliche theoretische Schwierigkeiten gerate, wenn er selbst zugleich politisch argumentiere. Auch sei zu bezweifeln, ob es klug gewesen sei, zu einer geschlossenen Tagung Journalisten einzuladen – man habe die Einladungen ausgesprochen, um durch deren Vorberichte Interesse für die geplante Buchpublikation zu wecken. Wenn sich nun »bestimmte Personen« diffamiert fühlten, sei das nicht die Absicht gewesen. Allerdings habe ihn die »wild defensive Reaktion« der Starnberger Gruppe verblüfft, die »in keinerlei Verhältnis zu den zwei oder drei gewiß unnötig giftigen Wendungen in den Zeitungsberichten« stehe.

Man wird den Veranstaltern, die teils schon seit Jahren in der medialen Öffentlichkeit agierten, nicht unbedingt Naivität im Umgang

49 »Miserabler Stil unter Wissenschaftlern«, in: *Hochschulpolitische Informationen*, Nr. 9, 7. Mai 1976.

50 »Thema: Die politisierte Wissenschaftsforschung«. Leserbrief von Prof. Gerard Radnitzky, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18. Mai 1976.

51 Ralf Dahrendorf, »Die Unabhängigkeit der Wissenschaft« [Untertitel: Vorläufiges Schlußwort in einer wichtigen Debatte], in: *Die Zeit*, 21. Mai 1976.

52 Nikolaus Lobkowicz, »Die erbetene Klarstellung«, in: *Die Zeit*, 21. Mai 1976.

mit der Presse unterstellen dürfen. Wie Lobkowitz selbst bekannte, sollte die Tagung Aufmerksamkeit erregen – entsprechend war der alarmistische Titel gewählt («Gefährdete Wissenschaft»). Der geplante Sammelband stand indes in keinem der initialen Presseartikel im Mittelpunkt. Vielmehr hatte das vorab verteilte »Programmpapier« die Aufmerksamkeit der eingeladenen Journalisten auf den darin inkriminierten Begriff der Finalisierung gelenkt. Eine öffentliche Kontroverse wollten die Organisatoren wohl nicht initiieren, denn sie hatten nur ausgewählte Journalisten eingeladen – beispielsweise waren die *Zeit* und der *Spiegel* offenbar gar nicht informiert worden. Während Lobkowitz' Worte in der *Zeit* zumindest im Rückblick ein leises Unbehagen über die Verknüpfung einer als wissenschaftlich deklarierten Tagung mit politischen Argumenten zum Ausdruck brachten, war Günter Zehm, der sich in den 1990er Jahren als Autor für die rechtskonservative *Junge Freiheit* hervortun sollte, mit seinem Artikel in der *Welt* weit über das Ziel hinausgeschossen. Er hatte mit seiner entschieden polemischen Intervention eine Entgegnung der Starnberger Wissenschaftler geradezu herausgefordert. Insgesamt berichtete die Presse nicht allein über den Verlauf einer wissenschaftlichen Tagung, vielmehr zeichnete sie die Frontverläufe nach, die sich aus der Münchener Auseinandersetzung mit einem gemeinsamen »Gegner« und »Feindbild« ergeben hatten. Die Kontroverse um eine wissenschaftliche Theorie war damit in Wahrheit auch nur ein politischer Kampf, die Wissenschaft selbst von politischen Positionen durchsetzt – so zumindest musste es der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit erscheinen.

Der Tagungsband, der nur drei Monate nach der Münchner Konferenz im Juni 1976 fertiggestellt war, trat dem zwischenzeitlich entstandenen Eindruck allenfalls mit windelweicher Wortklauberei entgegen. Als den Ausgangspunkt der Tagung beschrieb Nikolaus Lobkowitz im Vorwort eine »Marxismus-Renaissance« in der bundesrepublikanischen Hochschulpolitik und Wissenschaftstheorie. In Gestalt der »kritischen Theorie« sei der Marxismus »zu einer gewichtigen Komponente weiterer Bereiche der deutschen Wissenschaftstheorie und Wissenschaftspolitik geworden«, da sich dieses Gedankengut auf ganz »diffuse Weise« ausgebreitet habe. »Politiker und Ministerialbeamte, aber auch gesellschaftstheoretisch unbelastete Wissenschaftler [beginnen] als Selbstverständlichkeiten Auffassungen zu vertreten [...], welche sie, könnten sie ihre Herkunft durchschauen und sie in einem größeren systematischen Zusammenhang sehen, spontan ablehnen würden.« Eine vergleichsweise kleine Gruppe von Wissenschafts- und Gesellschaftstheoretikern – an erster Stelle nannte Lobkowitz die Anhänger der Frankfurter Schule – habe wissenschaftspolitisch ein Maß an Bedeutung gewonnen, das »in keinem Verhältnis zum Grad der rationalen Verbindlichkeit der

von ihnen vertretenen Theorien steht.«⁵³ Dem Sammelband ging es damit um zweierlei: erstens um die Aufklärung unbescholtener bundesrepublikanischer Politiker und Ministerialbeamter, die schleichend von marxistischen Dogmen und somit Ideologien des Ostblocks infiziert worden seien; zweitens um die Falsifizierung wissenschaftstheoretischer Ansätze im Umfeld der kritischen Theorie. Lobkowitz selbst steuerte eine Kritik an Jürgen Habermas' *Erkenntnis und Interesse* bei.⁵⁴ Gleichwohl, so betonte er, sei die Kritik nicht als »politische« zu verstehen: Man erhoffe sich von dem Band eine wissenschaftspolitische Wirkung, die Kritik sei aber »keine politische in dem Sinne, daß mit verhohlenen Beschimpfungen und böartigen Unterstellungen, die auf einen demagogischen Effekt abzielen, gearbeitet wird. Die Autoren waren sich einig in der Überzeugung, daß man fragwürdigen Theorien am wirkungsvollsten mit streng sachbezogenen Argumenten entgegentritt [...]. Allerdings meinten wir, unsere Argumente in einer Sprache vortragen zu sollen, welche auch Nicht-Wissenschaftlern verständlich ist. Dies birgt naturgemäß die Gefahr von Vereinfachung in sich, die als Polemik mißverstanden werden könnte.«⁵⁵

Interessant ist an dieser Argumentation zunächst die Abgrenzung einer »sachbezogenen« Diskussion gegenüber einer »politischen«, die Lobkowitz mit Beschimpfungen, Unterstellungen, Börsartigkeit und Demagogie gleichsetzte. Sodann sticht Lobkowitz' apologetische Behauptung ins Auge, dass die Vermittlung der wissenschaftstheoretischen Positionen der Autoren des Sammelbandes eine sprachliche Vereinfachung verlangt habe, da man nur so ein nichtwissenschaftliches Publikum erreichen könne. Der im Kern politische Angriff auf die Starnberger Finalisierungstheoretiker war damit als Ergebnis eines bedauerlichen Missverständnisses klassifiziert, das den Kommunikationsbedingungen in der außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit geschuldet sei.

Die jetzt der Öffentlichkeit zugänglichen Tagungsbeiträge erschienen, wie bereits angemerkt, in »revidierter Fassung«, worauf schon auf dem Buchdeckel des Bandes prominent hingewiesen wurde. Trotzdem führte die Veröffentlichung nicht zu einer Korrektur der Positionen und Argumente, wie sie die Medien im unmittelbaren Anschluss an die Tagung kolportiert hatten – im Gegenteil: der Sammelband bekräftigte den politischen Impetus der »wissenschaftlichen« Tagung nachdrücklich. Kaum misszuverstehen waren etwa die Ausführungen Radnitzkys. Es sei »politisch angelegen«, zu zeigen, dass die wissen-

53 Nikolaus Lobkowitz, »Vorwort«, in: Hübner et al. (Hrsg.), *Herausforderung*, S. 7–10, alles S. 8.

54 Nikolaus Lobkowitz, »Erkenntnisleitende Interessen«, in: Hübner et al. (Hrsg.), *Herausforderung*, S. 55–65.

55 Lobkowitz, »Vorwort«, S. 8–9.

schaftsgeschichtliche Abstützung der Finalisierungstheorie unhaltbar sei. »Denn dann sieht man ein, daß die »Finalisierungstheorie« nichts anderes ist als eines der verschieden [sic] politisch gezielten Märchen zur Rechtfertigung ideologischer Machtansprüche, die von Teilen unserer rasonnierenden Intelligenz [...] verbreitet werden.«⁵⁶

Nach der Publikation der Tagungsakten verlagerte sich die Auseinandersetzung wieder in den Raum einer wissenschaftlichen Diskussion. Das Forum für den Meinungs austausch bildeten nicht mehr die Massenmedien, sondern von wissenschaftlichen Institutionen ausgerichtete Tagungen, Sammelbände, wissenschaftliche Fachzeitschriften und Forschungsprojekte. Besonders hervorzuheben ist eine Anschluss tagung, die das Wissenschaftszentrum Berlin und das Institut für Philosophie, Wissenschaftstheorie, Wissenschafts- und Technikgeschichte der TU Berlin veranstalteten. Die Münchner Tagung »Gefährdete Wissenschaft« habe im Frühjahr 1976 ein ungewöhnliches Presseecho ausgelöst, jetzt wolle man die Debatte mit Teilnehmern der Münchner Tagung und Mitgliedern der Starnberger Forschungsgruppe »sachlich« weiterführen.⁵⁷ Aus der Starnberger Arbeitsgruppe, die ihre Forschungsergebnisse 1978 in Buchform publizierte,⁵⁸ griff allein Wolf Schäfer die politischen Vorwürfe aus dem Münchner Tagungsband auf und sprach von einer »ideologischen Kampagne« prominenter »Antifinalisten«, die sich »gegen die soziale Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts« richte.⁵⁹ Für Schäfer war die Finalisierungstheorie, wie von den Münchnern unterstellt, also tatsächlich mit einer politischen Mission verbunden. Das Starnberger Forschungsprojekt hatte in Schäfers Diktion nicht nur »interne Probleme« erzeugt, sondern erschien ihm »von äußerer Repression bedroht«, durch eine »antifinalistische Wissenschaftsideologie«, die mit »Denkverboten« operiere.⁶⁰ Die mediale Debatte sowie die im Vorwort des Münchner Tagungsbandes artikulierten Einlassungen über eine angeblich missverstandene Polemik veranlassten Schäfer zu einer entschieden polemischen Replik und Zuspitzung des politischen Impetus der Finalisierungstheorie.⁶¹ Darüber hinaus wurde die mediale Diskussion nun ihrerseits

56 Radnitzky, »Dogmatik«, S. 31.

57 Vorwort zum entsprechenden Sammelband, S. VII–VIII, in: Christoph Hubig/Wolfert von Rahden (Hrsg.), *Konsequenzen kritischer Wissenschaftstheorie*, Berlin 1978.

58 Gernot Böhme/Wolfgang van den Daele/Rainer Hohlfeld/Wolfgang Krohn/Wolf Schäfer/Tilman Spengler, *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts*, Frankfurt am Main 1978.

59 Wolf Schäfer, »Normative Finalisierung. Eine Perspektive«, in: Böhme et al. (Hrsg.), *Orientierung*, S. 377–415, S. 397.

60 Ebd., S. 398.

61 Wolf Schäfer, »Zur Frage der praktischen Orientierung des theoretischen Diskurses. Ein Plädoyer gegen drei Denkverbote der antifinalistischen Wissenschaftsforschung«, in: Hubig/von Rahden (Hrsg.), *Konsequenzen*, S. 81–110.

zum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion.⁶² Dass die DFG Anfang der 1980er Jahre ein Forschungsprojekt über die »Gültigkeit und Konsequenzen der Finalisierungsthese für die Sozialwissenschaften« bewilligte, dürfte mit der medialen Prominenz und der damit auch in der Wissenschaft verstärkten Sichtbarkeit der Starnberger Thesen zusammenhängen.⁶³

*Was war bedroht? Grenzüberschreitungen, Grenzziehungen
und die Autonomie der Wissenschaft*

Es erscheint schlüssig, die Debatte über die Finalisierung der Wissenschaft als Ausdruck politisch-ideologischer Lagerkämpfe zu lesen. Doch ist es nicht allein ein marxistischer Theorie-Trojaner gewesen, mit dem sich die scharfen Reaktionen der Münchner Konferenzteilnehmer erklären lassen. Warf Lobkowitz den Starnbergern eine »wild defensive« Reaktion vor, ließe sich das umgekehrt auch für eine Reihe der Münchner Konferenzteilnehmer geltend machen. Erst sie verhalten der Theorie einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern zu jener Publizität, mit der sie ihre Starnberger Antagonisten wissenschaftlich zu diskreditieren versuchten. Man wird an dieser Stelle auch den Generationskonflikt zwischen den sogenannten 45ern und den 68ern als weitere Erklärung bemühen müssen sowie – in einer ideengeschichtlichen Perspektive – philosophische Differenzen, unterschiedliche wissenschaftliche Prägungen, divergente Begriffe von Fortschritt und abweichende Denkstile.⁶⁴ Hier aber soll noch einmal das Bedrohungsszenario genauer in den Blick genommen werden: Die Freiheit der Wissenschaft erschien nicht allein durch eine Theorie bedroht. Vielmehr stand sie in der Wahrnehmung ihrer Verteidiger unter einem politischen und gesellschaftlichen Mehrfrontendruck, in dem tief verwurzelte Selbstverständnisse und Überzeugungen, eingespielte Selbstbilder von wissenschaftlicher Autonomie, der nach 1945 gepflegte Mythos einer unpolitischen, reinen Wissenschaft sowie der soziale Status und die gesellschaftliche Anerkennung des wahrheitssuchenden und -findenden Wissenschaftlers in Frage gestellt wurden. Tatsächlich fand sich ja nicht allein die Verfassung der Universitäten in den 1960er Jahren durchgreifenden Veränderungen unterworfen, auch die Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft, ihr Bild und ihre Präsenz in der Öffentlichkeit sowie ihr Verhältnis zur Politik wandelten sich. Die

62 Frank R. Pfetsch, »The ›Finalization‹ Debate in Germany: Some Comments and Explanations«, in: *Social Studies of Science* 9 (1979), S. 115–124.

63 Ergebnisse des Projekts: Gerald Eberlein/Norbert Dietrich, *Die Finalisierung der Wissenschaften. Analyse und Kritik einer forschungspolitischen Theorie*, Freiburg 1983. Man beachte den Untertitel: Die Theorie wurde ausdrücklich als »forschungspolitische« definiert.

64 In dieser Perspektive ausführlich Tietze, »Fortschritt«, S. 85–107.

Autonomie und die Freiheit der Wissenschaft zu behaupten, hieß auch, sie gegen Versuche der Einflussnahme und Durchdringung von außen zu schützen. In der Interaktion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit gehe es, so die Wissenschaftsforscherin Ulrike Felt, immer auch um unterschiedliche Grenzen, die in und um die Wissenschaft zu ziehen sind oder die es zu verteidigen respektive zu verschieben gilt: um Grenzen zwischen den Disziplinen; zwischen dem, was als Wissenschaft angesehen wird und was nicht; zwischen denen, die legitimerweise im Namen der Wissenschaft sprechen dürfen und denjenigen, denen diese Autorität abgesprochen wird; zwischen Wissenschaft und Politik.⁶⁵

Es ist frappierend, wie exakt diese Beobachtung auf die Auseinandersetzungen um das Starnberger Max-Planck-Institut zutrifft, das die bundesrepublikanischen Medien bis zum Paukenschlag des Rücktritts von Habermas 1981 immer wieder beschäftigte.⁶⁶ Die Dynamiken der Finalisierungsdebatte lassen sich mit Rekurs auf die Überlegungen Felts deutlicher konturieren. In von Weizsäckers Konzeption und im Selbstverständnis vieler dort tätiger Wissenschaftler verkörperte das Institut eine gezielte und multiple Grenzüberschreitung. Es sollte die Grenzen der Disziplinen überschreiten und interdisziplinär arbeiten; es sollte bewusst politisch brisante Themen behandeln und seine Fragestellung nicht aus einer vermeintlich desinteressierten Suche nach der wissenschaftlichen Wahrheit entwickeln, sondern aus brennenden gesellschaftlichen Problemlagen heraus; dabei sollte es die negativen gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts untersuchen und Einfluss auf die Politik nehmen, indem es auf einen Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit hinwirkte. Die MPG betrat mit der Gründung des Instituts Neuland im Gebiet der Sozialwissenschaften. Sie ernannte mit von Weizsäcker einen der umtriebigen Politikberater und populären Redner zum Direktor, mit Jürgen Habermas eine öffentliche Reizfigur, die sowohl im konservativen Lager als auch unter der militanten Linken beargwöhnt wurde. Viele Mitarbeiter waren laut Auskunft damals Beteiligter geradezu davon beseelt, alles »anders« als im etablierten Wissenschaftsbetrieb machen zu können.⁶⁷ Rasch wurde diese neu konzipierte Forschungsinstitution

65 Ulrike Felt, »Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit – Wechselwirkungen und Grenzverschiebungen«, in: Mitchell G. Ash/Christian H. Stifter (Hrsg.), *Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Von der Wiener Moderne bis zur Gegenwart*, Wien 2002, S. 47–72, S. 50; zur Praxis von Grenzziehungen auch Thomas F. Gieryn, »Boundaries of Science«, in: Sheila Jasanoff et al. (Hrsg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, London 1995, S. 393–443.

66 Ariane Leendertz, *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*, Göttingen 2010.

67 Vgl. Michael Drieschner, »Die Verantwortung der Wissenschaft. Ein Rückblick auf das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«, in: Rudolf Seising/Tanja Fischer (Hrsg.), *Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main 1996, S. 173–198, S. 179.

für die Medien zu einem – im positiven wie negativen Sinne – »besonderen« Institut.

Welche Folgen die enge Bindung der Wissenschaft an die Politik und das Aufweichen der Grenzen zwischen beiden Sphären haben könnte, wurde in den 1970er Jahren zum Thema erhitzter Debatten und wissenschaftlicher Reflexion. Die Teilnehmer der Münchner Tagung »Gefährdete Wissenschaft« hielten es für eine ihrer wichtigsten Erkenntnisse, dass der Versuch der Verwissenschaftlichung der Politik unweigerlich in eine »Politisierung der Wissenschaft« münde.⁶⁸ Darin kam ein nagendes Unbehagen gegenüber den neuen Forderungen nach »gesellschaftlicher Relevanz« und einer »Orientierung« der Wissenschaft an gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zum Ausdruck. Derartige Postulate weckten für diejenigen, die vor 1925 geboren waren, ungute Assoziationen – die NS-Zeit, in der die politische Mobilisierung der Wissenschaft in zahllosen Disziplinen und Organisationen nicht bloß auf offene Ohren gestoßen, sondern von ebenso zahlreichen Wissenschaftlern aktiv betrieben worden war, lag gerade einmal drei Jahrzehnte zurück. So wies der Philosoph Hermann Lübbe in seinem Tagungsbeitrag mit Verve darauf hin, dass die »Politisierung der Wissenschaft« zum Programm »der nationalsozialistischen und faschistischen Wissenschaftspolitik« gehört habe.⁶⁹ Darin schwang der Vorwurf des Linksfaschismus gegenüber Studentenbewegung, Neomarxisten und Neuer Linken mit, der in den politischen Kontroversen der 1970er Jahre ebenfalls zum Begriffsarsenal der Polemik zählte.

Nehmen wir die ablehnende Haltung der Universität München gegenüber Jürgen Habermas und die Diskussion über die Finalisierungstheorie, findet sich mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft und ihm nahestehender Wissenschaftler eine politisch konservativ geprägte Organisation, deren Programm es war, die von mehreren Seiten bedrohte Autonomie der Wissenschaft zu verteidigen: gegenüber den Mitbestimmungsansprüchen von Studenten und nachgeordneten Mitarbeitern; gegenüber den Forderungen nach einer »Politisierung« der Wissenschaft, die sich zuerst mit »gesellschaftlich relevanten« Themen zu beschäftigen habe; ebenso gegenüber staatlicher Regulierung, wie sie in Form der Hochschulgesetze etabliert wurde; und schließlich

68 Hierzu bes. der Beitrag von Hermann Lübbe, »Planung oder Politisierung der Wissenschaft. Zur Kritik einer kritischen Wissenschaftsphilosophie«, in: Hübner et al. (Hrsg.), *Herausforderung*, S. 13–23. Der Soziologe Peter Weingart hat den Chiasmus »Verwissenschaftlichung der Politik – Politisierung der Wissenschaft« dann gut zwei Jahrzehnte später analytisch nutzbar gemacht, so dass sich damit das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik als interdependente Wechselbeziehung untersuchen lässt. Siehe Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2005, bes. S. 139–151.

69 Lübbe, »Planung«, S. 16.

gegenüber einer Relativierung der wissenschaftlichen Suche nach objektiver Wahrheit. Wiederum waren es Wissenschaftler des Starnberger Instituts, die die etablierten Grenzen der Wissenschaft in Frage stellten. Die Universität München und Teilnehmer der Tagung »Gefährdete Wissenschaft« sowie besonders Günter Zehm in der *Welt* reagierten darauf mit dem Versuch der Ausgrenzung. Jürgen Habermas wurde die Anerkennung und Aufnahme in den Kreis der Münchner Professoren 1980 zum zweiten Mal verwehrt; den Starnberger Wissenschaftlern wurde der Status guter Wissenschaftler abgesprochen, da sie angeblich nur vordergründig wissenschaftlich argumentierten und in Wirklichkeit ein rein politisches Ziel verfolgten.

Neben der politischen Polarisierung verschärfte aber auch die Beobachtung die Diskussion, dass die Wissenschaft – zu diesem Zeitpunkt in den USA bereits stärker als in der Bundesrepublik – ihren in den Nachkriegsjahrzehnten gepflegten Nimbus, zum Wohle der Menschheit und zum Sieg im Kalten Krieg beizutragen, verspielt zu haben schien. Weizsäcker hatte bereits zum Ende der 1960er Jahre von der Ambivalenz des Fortschritts und den Gefahren wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen gesprochen (als jemand, der es als einer der führenden Kernphysiker des »Dritten Reiches« aus eigener Anschauung wissen musste). Bezog sich gesellschaftliche Kritik an der Wissenschaft bis dahin auf Anwendungen, auf technische Umsetzungen wissenschaftlicher Innovationen, rückten in den 1970er Jahren die gesellschaftlichen Implikationen und potentiellen Folgen bestimmter Formen der Grundlagenforschung in den Fokus. An erster Stelle ging es hier um die Genforschung.⁷⁰ Zwei Verweise finden sich in den Beiträgen der Münchner Tagung immer wieder: auf Entwicklungen in den USA und auf eine als »Denunziationsparagraf« gezeißelte Regelung im hessischen Hochschulgesetz von 1970.⁷¹ Dort war in Paragraph 6 eine Informationspflicht für die an Forschung und Lehre Beteiligten eingeführt worden: Alle Hochschulangehörigen hätten »die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitzubedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, auch außerhalb des Bereichs der Hochschulen bekannt, die zu begründeten Bedenken Anlaß geben, sind sie verpflichtet, darüber öffentlich zu informieren.«⁷² Zielte diese Regelung aus der Sicht der hessischen SPD zuerst darauf ab, eine Auskunftspflicht für die außeruniversitären

70 Vgl. Peter Weingart, »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 12/3 (1983), S. 225–241.

71 Andersson, »Freiheit«, S. 67; Lübke, »Planung«, S. 23; Radnitzky, »Dogmatik«, S. 31.

72 Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970, in: *Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Hessen* Nr. 23, Teil 1, 19. Mai 1970, S. 324–340, S. 325.

und fremdfinanzierten Forschungsaktivitäten der Professoren durchzusetzen, hatte die Opposition dies im hessischen Landtag als »gesetzliche Verpflichtung zur Denunziation« geißelt, mit der an den Hochschulen die Inquisition eingeführt und schließlich die Unterwerfung unter »Tribunale roter Revolutionäre« vorbereitet werde.⁷³

Entsprechend galt die hessische Regelung den Münchner Kritikern der Starnberger Forschergruppe als ein gefährlicher Eingriff in die Freiheit der Forschung, für die auch Entwicklungen in den USA ein abschreckendes Beispiel zu liefern schienen. 1973 hatten sich dort Wissenschaftler selbst mit Bedenken über die Implikationen der gentechnischen DNA-Rekombination, mit der neue, künstliche Organismen geschaffen werden könnten, an die Öffentlichkeit gewandt. Im Anschluss an eine internationale Konferenz im kalifornischen Asilomar 1975 setzte eine politische Debatte darüber ein, ob der Staat die Gentechnik regulieren müsse oder ob die Wissenschaft selbst dazu in der Lage sei. Als die Universität Harvard ein Jahr darauf ein neues gentechnisches Forschungslabor einrichten wollte, verhängte der Stadtrat von Cambridge nach öffentlichen Anhörungen ein Moratorium und richtete ein neues Bürgerkomitee ein, das zusätzliche Sicherheitsrichtlinien und städtische Aufsichtsgremien empfahl.⁷⁴ Folgt man der amerikanischen Wissenschaftssoziologie, blieb die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler indes vom uneingeschränkten gesellschaftlichen Nutzen der Forschung und dem Wert des Wissens als solchem überzeugt. Eingriffe von außen, sei es durch staatliche Regulierung oder durch Mitsprache der Öffentlichkeit, übten nach diesem Verständnis einen grundsätzlich negativen Einfluss auf den wissenschaftlichen Fortschritt aus.⁷⁵

Nicht allein die Wahrnehmung von Risiken wie Gefahren wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen und die Mitbestimmungsforderungen von Studentenschaft und akademischem Mittelbau implizierten mögliche Einschränkungen der wissenschaftlichen Autonomie. Zugleich sah sich die Wissenschaft in weit höherem Maße als noch in den 1960er Jahren mit staatlichen Eingriffen durch wissenschaftspolitische Steuerungsversuche konfrontiert, wobei die Frage nach den hierbei zu setzenden Prioritäten seit Mitte der 1970er Jahre durch die Stagnation der öffentlichen Mittel verschärft wurde. Symptomatisch bündelten sich all diese Motive 1975 in einer vielbeachteten Rede des Bundeskanzlers. Ausdrücklich thematisierte Helmut Schmidt die Grenzen wissenschaftlicher Forschung und deren »soziale Bin-

73 Rohstock, *Ordinarienuniversität*, S. 324–331; zitiert wurde Alfred Dregger, ebd., S. 330.

74 Barbara Culliton, »Science's Restive Public«, in: *Daedalus* 107/2 (1978), S. 147–156.

75 Dorothy Nelkin, »Threats and Promises: Negotiating the Control of Research«, in: *Daedalus* 107/2 (1978), S. 191–209.

dung«. Eng damit verknüpfte er die Frage, wer über die Prioritäten der öffentlichen Förderung entscheide.⁷⁶ Der Staat interessiere sich schon deshalb für diese Themenstellung, weil die Steuerzahler in Bund und Ländern die Grundlagenforschung finanzierten. Der Staat müsse, so Schmidt, die Ausgaben für die Forschung nicht zuletzt gegenüber anderen staatlichen Aufgabenbereichen rechtfertigen, zumal in Zeiten konjunktureller Schwankungen und weltweiter Rezession.⁷⁷ Schmidt führte damit in seiner Argumentation sowohl die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Steuerzahler ins Feld als auch die Konkurrenz der unterschiedlichen Regierungsressorts um ihre jeweiligen Anteile am Bundeshaushalt. Die Wissenschaft könne nicht beanspruchen, unbehelligt vom wirtschaftlichen und politischen Gesamtgeschehen, dem die übrige Gesellschaft ausgesetzt sei, ein glückliches Eremitendasein zu führen: Sie dürfe sich nicht von der Gesellschaft isolieren. In der gesellschaftlichen Rückbindung, im Abwägen von Nutzen und Schaden für das Gemeinwesen lag Schmidt zufolge ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Festlegung der Forschungsprioritäten. »Ich halte es für notwendig, daß die Wissenschaft immer wieder gefragt wird, wo sie ihre Schwerpunkte setzt, ob sich in dem Spektrum ihrer Forschung Ungleichgewichte oder Lücken ergeben und ob daher für unser Gemeinwesen die Gefahr gegeben sein könnte, daß wesentliche Bereiche nicht mit der genügenden Intensität erforscht werden.«⁷⁸

Zugleich betonte der sozialdemokratische Kanzler, dass sich die Wissenschaft in »Selbstbeschränkung und Verantwortung« üben und ihre Grenzen dort ziehen müsse, wo neue Möglichkeiten der Forschung »unsere Welt oder uns selbst bedrohen«. Die größte Herausforderung stellten für ihn 1975 die Potentiale der Gentechnik dar. »In der Abwägung der Weitergabe oder Verwendung eines gemeingefährlichen Forschungsergebnisses muß auf jeden Fall der einzelne Forscher seine Verantwortlichkeit auch an seiner sozialen Verpflichtung messen; das heißt: er steht unter einem kategorischen Imperativ.«⁷⁹ Abschließend zitierte Schmidt Carl Friedrich von Weizsäcker – und hier dürfte ebenfalls ein wesentlicher Grund dafür liegen, dass die Gegner der Starnberger Wissenschaftler meinten, die Idee der »finalisierten« Wissenschaft sei in der Politik schon auf fruchtbaren Boden gefallen. Von Weizsäcker habe die Wissenschaft als sozial organisierte Erkenntnisuche charakterisiert, so Schmidt. »Nun könnte der Anwalt der res

76 Helmut Schmidt, »Soziale Bindung von Wissenschaft und Forschung. Rede vor der Max-Planck-Gesellschaft am 20. Juni 1975 in Hamburg«, in: *Vor neuen Herausforderungen*. Bundeskanzler Helmut Schmidt: Drei Reden, Bonn, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1975, S. 20–39.

77 Ebd., S. 23–24.

78 Alles ebd., S. 24.

79 Ebd., S. 31–32.

publica, der Politiker, sich versucht fühlen, diese Definition zu erweitern. Danach wäre Wissenschaft sozial organisierte und sozial verpflichtete Erkenntnissuche. Manche werden jetzt vielleicht die Augenbrauen runzeln und eine Einengung ihres wissenschaftlichen Freiraums befürchten. Ich will ihn nicht einengen, sondern ich will nur den Gedanken der Sozialbindung der Forschung zur Erwägung und zum Durchdenken anbieten.«⁸⁰ Das war ausgesprochen geschickt formuliert. Die Wissenschaftler waren keinesfalls gezwungen, ihre Forschung auf den gesellschaftlichen Nutzen auszurichten. Klar war jedoch, daß die Forschungsförderung sich hieran orientieren könnte.

Das planungstechnische Vokabular der sozialliberalen Koalition ähnelte in der Tat der Wortwahl der Starnberger Finalisierungstheoretiker. Die Wissenschaftspolitik werde sich mehr als bisher »am gesellschaftlichen Bedarf orientieren«, ließ der Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer (SPD), 1974 in den forschungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung verlauten.⁸¹ Dieser »gesellschaftliche Bedarf« könne allerdings nicht objektiv definiert werden, sondern nur das Ergebnis eines argumentativen Prozesses sein, präzisierte Matthöfers Staatssekretär und Nachfolger Volker Hauff (SPD). Die herausgehobene Rolle sollte für den Bundesminister in spe hierbei der Bundestag spielen. Die Forschungspolitik müsse sich demokratisch legitimieren, und zwar nicht nur durch einen »kritischen« Dialog mit den Beteiligten und Begünstigten, sondern auch mit den Betroffenen.⁸² Unüberhörbar führte dieses Bekenntnis die Demokratisierungs- und Partizipationsrhetorik der sozialliberalen Regierung mit den Forderungen der Bürgerinitiativen und Protestbewegungen eng, die nach der Amtsübernahme Schmidts zwar rasch an politischer Wirksamkeit einbüßten, für die Finalisierungskritiker jedoch weiterhin ein Schreckbild darstellten.

Fazit

In der Finalisierungsdebatte ging es somit um mehr als bloß um eine wissenschaftliche Theorie, und auch um mehr als den Vorwurf einer marxistischen Unterwanderung von Forschung und Politik. Die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft sowie das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit veränderten sich. Die Wissenschaft

80 Ebd., S. 38–39.

81 »Vorwort des Bundesministers für Forschung und Technologie Hans Matthöfer«, in: ders./Volker Hauff (Hrsg.), *Forschungspolitik für eine lebenswerte Zukunft*, Grafenau-Döffingen 1974, S. 7–9, S. 7.

82 Volker Hauff, »Regierung, Parlament, Öffentlichkeit – Träger der Forschungspolitik«, in: Matthöfer/Hauff, *Forschungspolitik*, S. 11–20, S. 15.

hatte, mehr als zuvor, gegenüber Politik und Gesellschaft Rechenschaft abzulegen. Sie sollte die möglichen Gefahren ihrer Forschungsergebnisse nicht nur reflektieren, sondern auch transparent kommunizieren und gegebenenfalls selbst die gebotenen Konsequenzen ziehen, also etwa zu riskante Vorhaben in der Genforschung nicht weiterverfolgen. In den 1970er Jahren erschien die Unabhängigkeit der Wissenschaft deshalb von mehreren Seiten bedroht, so dass die Positionen der Starnberger Forschergruppe als ein weiterer Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre interpretiert wurden: Mitbestimmungsforderungen von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern – gegen die sich der 1970 gegründete Bund Freiheit der Wissenschaft als wissenschaftliche Lobbyorganisation formiert hatte, die zugleich die linkradikale Unterwanderung der Hochschulen bekämpfte –, Forderungen nach gesellschaftlicher »Relevanz«, Skepsis gegenüber und Kritik an einer Wissenschaft, die in Gestalt hoch riskanter Technologien nicht Fortschritt garantierte, sondern die Menschheit unter Umständen gefährdete, staatliche Regulierung durch Hochschulgesetzgebung und Forschungsplanung – all dies schien etwaige Einschränkungen der wissenschaftlichen Freiheit nach sich zu ziehen. Neben der politischen Polarisierung ist es wohl dieses Bedrohungsszenario gewesen, das die schneidende und unversöhnliche Polemik in der Finalisierungsdebatte mit zu erklären vermag – und das überhaupt erst das Interesse der Massenmedien an der Münchner Tagung »Gefährdete Wissenschaft« geweckt hatte.

Summary

This essay addresses a public debate in Germany that was triggered in spring 1976 by an academic theory postulated and developed at the Max Planck Institute in Starnberg that proposed the inevitable »finalization of science«. Its critics not only held that it threatened academic freedom. They were also convinced that this theory contributed to disseminating radical Marxist thought and jeopardized democracy. The caustic tone employed by many of the academics and journalists who participated in the controversy can be interpreted as an expression of the political and ideological struggles for power between »leftist« and »conservative« camps in West Germany in the 1970s. However, various attempts to regulate and politically influence German university research had been undertaken since the 1960s. For some critics, these constituted serious threats to the freedom of scholarship and education. It was this threat scenario that rendered the concept of finalisation of science so interesting for the media and explains why the debate about such a highly complex and abstract theory could be unleashed.

